

Teilrevision des Gesetzes vom 5. September 1996 über die Universität (UniG; BSG 436.11)



Ergebnisse der Vernehmlassung
(Zusammenfassung)

Bericht der Erziehungsdirektion an die
Vernehmlassungsteilnehmenden
(August 2009)

Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Direction de l'instruction publique
du canton de Berne

Inhaltsverzeichnis

Kapitel

<i>I. Auf einen Blick</i>	3
<i>II. Schwerpunkte der Teilrevision</i>	5
<i>III. Abkürzungsverzeichnis</i>	11
<i>IV. Liste der Vernehmlassungspartner</i>	12

Inhaltsverzeichnis im Detail

<i>I. Auf einen Blick</i>	3
<i>II. Schwerpunkte der Teilrevision</i>	5
1. Erweiterung der Autonomie der Hochschulen	5
1.1. Organisationsautonomie	5
1.2. Personalautonomie	5
1.3. Rechtssetzungsautonomie	5
2. Steuerung der Hochschulen	6
2.1. Beirat.....	6
2.2. Kompetenzverteilungen.....	6
2.3. Abberufung.....	7
2.4. Leistungsauftrag.....	7
3. Bestimmungen über die Zulassung	8
3.1. Allgemeine gesetzliche Grundlage für Zulassungsbeschränkungen	8
3.2. Zulassung „sur dossier“ nach Vollendung des 30. Lebensjahres	8
3.3. Weiteres	8
4. Diverse Punkte	9
4.1. Nachhaltige Entwicklung	9
4.2. Anpassungen an die Bologna-Reform.....	9
4.3. Verhältnis der Universitätsspitäler zur Universität	9
4.4. Miete und Erwerb von Liegenschaften	9
4.5. Französische Sprache.....	9
4.6. Gebühren	10
4.7. Immaterialgüterrecht	10
4.8. Gleichbehandlung der Hochschulen.....	10
4.9. Leistungsentgelt (Art. 68a)	10
4.10. Rechtsweg.....	10
<i>III. Abkürzungsverzeichnis</i>	12
<i>IV. Liste der Vernehmlassungspartner</i>	13

I. Auf einen Blick

123 Parteien, Verbände, Fachstellen, Gemeinden und weitere interessierte Kreise wurden zur Vernehmlassung zur Teilrevision des Universitätsgesetzes eingeladen. Bis zum Fristende vom 3. Juli 2009 sind 65 Stellungnahmen eingegangen.

Als zentrale Erkenntnis aus der Vernehmlassung kann festgehalten werden, dass die Vorlage begrüsst wird. Grundsätzliche Vorbehalte äusseren einzig die StudentInnen-schaft der Universität Bern (SUB) sowie die Grünliberale Partei des Kantons Bern (GLP).

Die drei betroffenen Hochschulen (Berner Fachhochschule, Pädagogische Hochschule Bern und Universität) nehmen weitgehend positiv und teilweise sehr detailliert zur Vorlage Stellung. Die Vorlage basiere auf einer umsichtigen Interessenabwägung und sorgfältigen Vorbereitung. Die Universität spricht sich allerdings gegen die Beschneidung der Kompetenzen des Senats aus und die Berner Fachhochschule erhebt wesentlich weitergehende Forderungen hinsichtlich ihrer Autonomie.

Die Gemeinden haben grösstenteils auf eine Stellungnahme verzichtet. Die wenigen materiellen Stellungnahmen sind positiv.

Die Parteien begrüssen grossmehrheitlich die Vorlage, namentlich die Erhöhung der Autonomie der Hochschulen und die Verbesserung ihrer Steuerung durch den Kanton. Während die FDP hinsichtlich der Autonomie einen wesentlich weitergehenden Handlungsbedarf sieht, sind verschiedene Parteien bezüglich der erwünschten Erhöhung des Autonomiegrades zurückhaltender (Grüne, SP). Tendenziell begrüssen rechts-bürgerliche Parteien die Einführung einer gesetzlichen Grundlage für Zulassungsbeschränkungen bei der Universität und lehnen die Zulassungsmöglichkeit zur Universität für über 30-jährige Personen ohne Maturitätsabschluss ab, während links-grüne Parteien sich genau umgekehrt äussern.

Die Personalverbände und der Gewerkschaftsbund begrüssen die öffentlich-rechtliche Anstellung der Mitarbeitenden der Hochschulen und nehmen zum Autonomiegrad der Hochschulen mehrheitlich eine restriktive Haltung ein.

Die Stellungnahmen von interkantonalen Institutionen und Bundesorganen (z.B. SUK, COHEP, EDK) sind positiv. Die SUK begrüsst namentlich die einlässliche Regelung der Zulassung zum Studium und den hohen Stellenwert, welcher der Qualitätssicherung beigemessen wird.

Verschiedene Stellungnahmen fordern generell eine stärkere Gewichtung der französischen Sprache an der Universität und namentlich die Weiterführung der Übersetzung aller Reglemente der Hochschulen in die beiden Kantonsprachen Deutsch und Französisch (caf, CJB, Landeskirchen).

Umweltorganisationen (WWF, HPG) und weitere Vernehmlassungsteilnehmende (Grüne, SP) wünschen eine stärkere Verankerung des Zieles einer Nachhaltigen Entwicklung im Gesetz.

Die wichtigsten Ergebnisse:

- **Nachhaltigkeit** Das Ziel einer Nachhaltigen Entwicklung sollte in der Vorlage, namentlich bei den Kernaufgaben der Hochschulen, besser verankert werden (WWF, HPG, GLP, SUB, Kirchen).
- **Steuerungsmodell** Das Steuerungsmodell wird in seinen Grundzügen grossmehrheitlich begrüsst, namentlich die Einführung des Beitragssystems und die Steuerung über den Leistungsauftrag. Verschiedene Stellungnahmen loben die Ausgewogenheit der Vorlage und speziell den Verzicht auf zu radikale Änderungen innerhalb der Universität. Vereinzelt wird der Verzicht auf einen Hochschulrat ausdrücklich begrüsst (EVP, Grüne). Die FDP weist darauf hin, dass die Controllinginstrumente bei der nächsten Totalrevision verbessert werden sollten. Eine Mehrheit äussert Vorbehalte bezüglich der Einführung eines **Beirates** für die Universität oder lehnt diesen ab.
- **Autonomie der Hochschulen** Die Erweiterung der Autonomie der Hochschulen wird im Allgemeinen begrüsst. Namentlich von bürgerlicher Seite und von der BFH wird sie aber als zu wenig weitgehend betrachtet, während sich vorwiegend links-grüne Stellungnahmen genau umgekehrt äussern und das Primat der Politik betonen.
- **Allgemeine Gesetzesgrundlage der Universität für die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen** Mehrheitlich wird betont, die Maturität solle auch künftig im Grundsatz den ungehinderten Zugang zu den Universitäten ermöglichen. FDP und SVP befürworten die Gesetzesgrundlage, während Grüne, SP, SUB und GKB sie ablehnen.
- **Zulassung zur Universität ohne Maturitätsabschluss** Die Zulassung zur Universität für 30-jährige Personen ohne Maturitätsabschluss wird von einer leichten Mehrheit (BDP, EVP, FDP, HIV, NMS, Konferenz der Schulleitungen der Gymnasien, COHEP) abgelehnt, von anderen (SP, Grünen, Stadt Bern, SUB und der Gemeinde Köniz) ausdrücklich begrüsst. Von den Ablehnenden wird vorgebracht, die Passerelle Dubs schaffe eine genügende Durchlässigkeit.
- **Französisch** Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende vermissen ein klares Bekenntnis zur zweisprachigen Universität und zu ihrer Brückenfunktion (Konferenz der Gymnasiumsgemeinden, caf, CJB, Landeskirchen) und lehnen den Wegfall der Übersetzungspflicht von Reglementen in die zweite Amtssprache ab (caf, CJB, Landeskirchen).

In den Vernehmlassungsantworten finden sich auch Anträge um Neuregelungen in dieser Vorlage (z.B. Neuregelung der Gebühren). Da mittelfristig eine Totalrevision der Hochschulgesetzgebung vorgesehen ist und die Teilrevision nicht überladen werden soll, wurde bereits signalisiert, dass grösste Zurückhaltung geübt wird in Bezug auf die Aufnahme weiterer Anliegen.

II. *Schwerpunkte der Teilrevision*

1. Erweiterung der Autonomie der Hochschulen

Die Erweiterung der Autonomie wird im Grundsatz von allen befürwortet. Bezüglich der konkreten Gewährung zusätzlicher Kompetenzen an die Hochschulen gehen die Haltungen in vereinzelt Stellungnahmen aber diametral auseinander. Links-grüne Vernehmlassungsteilnehmende betonen das Primat der Politik, während bürgerlich-liberale Kreise die vollständige innere und äussere Organisations- und Personalautonomie der Hochschulen fordern.

1.1. Organisationsautonomie

Grüne und VPOD begrünnen, dass die innere Organisation der Universität nicht massgeblich verändert wurde.

Während von verschiedener Seite (EVP, SP) bei der Universität die Beibehaltung der Schaffung der Fakultäten durch den Grossen Rat gefordert oder angeregt wird, möchten andere (FDP, BFH) die Schaffung von Fakultäten, Departementen oder Instituten jeweils auf die oberste Leitung der Hochschulen übertragen.

Die FDP lehnt die Wahl der Universitätsleitung durch die Regierung ab (Wahl der Rektorin oder des Rektors durch Senat oder durch Senat und Regierungsrat, Einsetzung der übrigen Mitglieder der Universitätsleitung durch die Rektorin oder den Rektor).

1.2. Personalautonomie

Eine Mehrheit befürwortet die öffentlich-rechtliche Anstellung des Personals der Hochschulen (z.B. SP, Personalverbände, GWB). Bürgerliche Kreise sowie die BFH fordern hingegen eine Anstellung des Hochschulpersonals nach den Regeln des OR oder mindestens ein eigenes Personalstatut der Hochschulen (z.B. FDP, HIV, KMU). Vereinzelt Vernehmlassungsteilnehmende fordern die Beibehaltung der Anstellung der ordentlichen Professorinnen und Professoren durch den Regierungsrat (GKB, VPOD), während andere die neue Kompetenzordnung ausdrücklich begrünnen (z.B. KMU).

1.3. Rechtssetzungsautonomie

Die Beibehaltung der bereits heute bestehenden Genehmigung der Studienreglemente der Hochschulen durch die Erziehungsdirektion wird teilweise begrüsst (SP, HIV, Stadt Bern), teilweise abgelehnt (BFH, FDP, COHEP, Universität) oder in Frage gestellt (EVP).

2. Steuerung der Hochschulen

Grundsätzlich finden die Regelungen eine breite Zustimmung.

Mehrheitlich abgelehnt oder in Frage gestellt wird die Schaffung eines Beirats für die Universität.

Von Seiten der Universität und in vereinzelt weiteren Stellungnahmen (SUB, BDP) werden gewisse Kompetenzverteilungen oder die neue Universitätsorganisation insgesamt abgelehnt oder in Frage gestellt. Namentlich wird die Beschneidung der Kompetenzen des Senats gerügt.

Die Regelung der Abberufung stösst teilweise auf Skepsis oder wirft Fragen auf.

FDP und GLP fordern eine Leistungsvereinbarung an Stelle eines Leistungsauftrags. Die Hochschulen wünschen eine gesetzliche Verankerung der partnerschaftlichen Erarbeitung des Leistungsauftrags sowie eine Anpassung der Dauer und der gesetzlich vorgegebenen Inhalte.

Universität und BFH bringen Änderungswünsche zu Reporting und Controlling vor, die Grünen regen die Prüfung einer Berichterstattung an den Grossen Rat an.

2.1. Beirat

Der Beirat wird von GLP, SP und SVP abgelehnt. Die Grünen begrüssen die vorgesehene Schaffung eines Beirats. Verschiedene weitere Vernehmlassungsteilnehmende äussern Zweifel am Nutzen eines Beirats in der vorgesehenen Form (z.B. EVP, BSPV, NMS) oder lehnen einen Beirat nicht grundsätzlich, aber in der vorgesehenen Form ab (SUB).

WWF, HPG und weitere Vernehmlassungspartner regen eine Anpassung des Namens des Beirats an (z.B. Nachhaltigkeits- und Innovationsrat).

2.2. Kompetenzverteilungen

Die Verbesserung der Steuerung der Hochschulen impliziert klare Kompetenzzuweisungen innerhalb der Hochschulen sowie zwischen Staat und Hochschule. Die Verantwortlichkeit für die Erfüllung des Leistungsauftrags und die damit verbundene finanzielle Verantwortlichkeit wurde bei der Universität vom Senat auf die Universitätsleitung übertragen, um die Steuerung der Universität durch den Regierungsrat mittels Leistungsauftrag, Staatsbeitrag und Controlling direkter vornehmen zu können und dadurch besser zu gewährleisten. Universität und SUB möchten hingegen den Senat als oberstes Organ mit den entsprechenden Finanzkompetenzen beibehalten. Bemängelt wird von gleicher Seite, dass der Senat kein Vorschlagsrecht für die Anstellung der Mitglieder der Universitätsleitung hat. Die SUB fordert eine Erhöhung der Anzahl der Studierendenvertretungen im Senat. Vereinzelt wird zudem eine Vertretung des französischsprachigen Kantonsteils in allen universitären Gremien gefordert.

Zu den Kompetenzverteilungen zwischen Staat und Hochschule vgl. Seite 5 (Erweiterung der Autonomie der Hochschulen).

2.3. Abberufung

FDP, BSPV und Universität stehen der Abberufung insgesamt skeptisch gegenüber oder werfen Fragen auf. Dieses Mittel schränke die Handlungsfähigkeit der gewählten Gremien massgeblich ein und schwäche sie gegenüber ihren Verhandlungspartnern. Politisch motivierte Wechsel der gewählten obersten Organe seien zu verhindern (BSPV).

2.4. Leistungsauftrag

Verschiedene Stellungnahmen betonen, dass der Leistungsauftrag grundsätzlich auf mindestens drei (Stadt Bern, SP) oder auf vier Jahre (EVP, FDP, SVP) ausgerichtet sein sollte. Die Ausrichtung auf vier Jahre entspricht der Absicht der Vorlage. FDP und GLP setzen sich für eine Leistungsvereinbarung anstelle eines Leistungsauftrags ein. Die Hochschulen beantragen, dass der Leistungsauftrag die Ziele, den Umfang des Lehrangebotes und die finanziellen Eckwerte umfassen soll. Sie machen geltend, dass die Grundsätze über die Art der Leistungserbringung sowie Inhalt und Umfang der zu erbringenden Leistung in ihren Autonomiebereich fallen und nicht Gegenstand des Leistungsauftrags bilden dürfen. Zudem fordern sie, dass die (bereits heute praktizierte) partnerschaftliche Erarbeitung des Leistungsauftrags gesetzlich verankert wird.

3. Bestimmungen über die Zulassung

Die Schaffung einer generellen gesetzlichen Grundlage für die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen bei der Universität lehnen tendenziell vor allem links-grüne oder studentische Kreise ab, während bürgerliche Kreise sie befürworten. Allgemein wird betont, dass Zulassungsbeschränkungen in concreto unter sehr strengen Voraussetzungen anzuordnen sind und die Maturität grundsätzlich weiterhin den Zugang zu allen Studiengängen ermöglichen soll.

Der Zugang zur Universität ohne Maturität nach Vollendung des 30. Lebensjahres erweist sich als umstritten. Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende begrüssen diese Öffnung sehr, eine Mehrheit (inklusive Universität) lehnt sie ab.

3.1. Allgemeine gesetzliche Grundlage für Zulassungsbeschränkungen

SVP, COHEP und KMU sprechen sich für die allgemeine gesetzliche Grundlage für Zulassungsbeschränkungen bei der Universität aus, während SP, Grüne, GKB und VPOD sie grundsätzlich ablehnen. EVP, Stadt Bern, die Konferenz der Gymnasiumsgemeinden, Universität und weitere betonen, die Maturität solle auch weiterhin den allgemeinen Zugang zum Universitätsstudium ermöglichen und Zulassungsbeschränkungen seien in diesem Sinne und nur in Notlagen anzuordnen. Vereinzelt wird gefordert, die operative Umsetzung der Zulassungsbeschränkungen vollumfänglich der Universität zu übertragen oder weiterhin vollumfänglich beim Grossen Rat zu belassen.

3.2. Zulassung „sur dossier“ nach Vollendung des 30. Lebensjahres

Grüne, SP, GKB, Stadt Bern, Gemeinde Köniz und SUB begrüssen diese Zulassung ausdrücklich, während zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmende sie unter Hinweis auf die Passerelle Dubs ablehnen (z.B. FDP, BDP, Pädagogisches Ausbildungszentrum NMS, Konferenz der Schulleitungen der Gymnasien) oder zumindest Zweifel anbringen (Universität).

3.3. Weiteres

Vereinzelt wird gefordert, bezüglich der Zulassungsbeschränkungen für ausländische Studierende Präzisierungen oder Umformulierungen anzubringen.

4. Diverse Punkte

Im Grundsatz werden die Regelungen von einer Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst. Namentlich wird die Teilrevision gegenüber einer Totalrevision zum jetzigen Zeitpunkt von keiner Seite in Frage gestellt und teilweise ausdrücklich begrüsst. Bemängelt werden von den entsprechenden Interessenvertretungen der Verzicht auf die gesetzliche Verankerung der Nachhaltigen Entwicklung sowie der Verzicht auf die Übersetzung der Hochschulreglemente in die jeweils andere Kantonssprache.

4.1. Nachhaltige Entwicklung

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende wünschen, dass das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung in der Vorlage, namentlich bei den Kernaufgaben der Hochschulen, verankert wird (GLP, WWF, Hannes Pauli Gesellschaft, SUB, Kirchen) und bringen in diesem Kontext Formulierungsanträge zu verschiedenen Artikeln vor.

4.2. Anpassungen an die Bologna-Reform

Die verschiedenen Anpassungen an die Bologna-Reform werden von keiner Seite beanstandet.

4.3. Verhältnis der Universitätsspitäler zur Universität

Die Universität spricht sich gegen eine einvernehmliche Regelung zwischen ihr und den Universitätsspitalern bei der Anstellung von ordentlichen oder ausserordentlichen Professorinnen und Professoren und bei der Schaffung von Professuren mit medizinischem Dienstleistungsauftrag an einem Universitätsspital aus, das Inselspital begrüsst die vorgesehene Regelung indessen. Die FDP betont, die Parteien seien in der Lage, in Verhandlungen eine Vereinbarung über das Verfahren zu finden.

4.4. Miete und Erwerb von Liegenschaften

Universität und BFH fordern, die Hochschulen sollten Liegenschaften selbständig mieten oder als Eigentum erwerben können. Dieses Anliegen wird von bürgerlicher Seite unterstützt. Die FDP fordert überdies, das Eigentum an allen von der Universität benützten Liegenschaften und die Raumbeschaffung seien der Universität bei der nächsten Revision zu übertragen. Die SP ist mit der Vorlage einverstanden.

4.5. Französische Sprache

Von entsprechenden Interessengruppen wird ein klareres Bekenntnis zur Positionierung der Universität als zweisprachige (deutsch/französisch) Institution gefordert. Der Verzicht auf eine Übersetzung der Reglemente in die jeweils andere Kantonssprache wird von diesen Gruppen abgelehnt. Vereinzelt wird die Vertretung des französischsprachigen Kantonsteils in allen Organen und/oder Gremien der

Universität gefordert (caf und weitere) oder das Recht der Studierenden als unnötig erachtet, Prüfungen in Deutsch oder Französisch abzulegen (FDP).

4.6. Gebühren

Grüne und SUB bemängeln die Verdoppelung der Höhe der Prüfungsgebühren. Hier handelt es sich indessen um ein redaktionelles Versehen (eine Erhöhung ist nicht beabsichtigt). Vereinzelt wird eine generelle Überprüfung der Gebühren angeregt, namentlich die Prüfung der Einführung einer Fallpauschale pro studierende Person (HIV) oder die Verdoppelung der Gebühren für die Leistungskontrollen an der Medizinischen Fakultät und an der Vetsuisse-Fakultät (Universität). Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende sprechen sich gegen eine Erhebung von Gebühren für das Eignungsverfahren bei Zulassungsbeschränkungen aus (z.B. SP, SUB). Die Kosten für Zulassungsbeschränkungen seien nicht auf die Studierenden zu überwälzen. Die SP regt an, die Gebühren für Auskultantinnen und Auskultanten höchstens gleich hoch wie die Semestergebühren anzusetzen.

4.7. Immaterialgüterrecht

Die FDP ist der Meinung, durch die Regelung der Immaterialgüterrechte werde der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft nachhaltig behindert. Anstelle der vorgesehenen Regelung sollten Forschende anteilig an der Verwertung beteiligt werden. Zwei Drittel des Ertrags könnten während fünf Jahren der Universität zukommen, falls keine andere vertragliche Regelung getroffen werde.

4.8. Gleichbehandlung der Hochschulen

Die BFH stellt die Gleichbehandlung in Frage, da sie zusammen mit der PH über einen Hochschulrat und damit über ein strategisches Organ verfüge, die Universität hingegen nicht. Für die FDP ist es verständlich, dass PH als junge Institution noch enger geführt wird als die anderen Hochschulen. Allerdings sollte auch sie mit der Zeit die volle innere Organisationsautonomie erhalten.

Hingegen fordert die BFH bezüglich der Möglichkeit eines Beitrags an den Einkauf in die Pensionskasse (Art. 24 UniG) die Gleichbehandlung.

4.9. Leistungsentgelt (Art. 68a)

Die SVP spricht sich gegen die (bereits bestehende) Entrichtung von persönlichen Leistungsentgelten an Mitarbeitenden von Instituten mit Dienstleistungsauftrag aus.

4.10. Rechtsweg

Die SP fordert, dass alle Verfügungen erstinstanzlich bei der Rekurskommission der Hochschulen angefochten werden können.

Abkürzungsverzeichnis

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei (Kanton Bern)
Berner KMU	Verband der kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Bern
BFH	Berner Fachhochschule
BSO	Bernische Schülerinnen- und Schülerorganisation
BSPV	Bernischer Staatspersonalverband
BVE	Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern
Caf	Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne
COHEP	Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschule
CMJD	Conférence des maires du Jura bernois et du district de Bienne
CJB	Conseil du Jura bernois
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektion
EVP	Evangelische Volkspartei (Kanton Bern)
FDP	FDP Wir Liberalen
FEE	Fondation Suisse d' Education pour l'Environnement (auch : Stiftung Umweltbildung Schweiz SUB)
GEF	Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
GKB	Gewerkschaftsbund des Kantons Bern
GLP	Grünliberale Partei (Kanton Bern)
HIV	Handels- und Industrieverein des Kantons Bern
HPG	Hannes Pauli Gesellschaft
KBB	Konferenz der Berufsfachschulen des Kantons Bern
KFG	Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen
NMS	Pädagogisches Ausbildungszentrum NMS (Neue Mittelschule)
PH	Pädagogische Hochschule Bern
SP	Sozialdemokratische Partei (Kanton Bern)
SUB	StudentInnenschaft der Universität Bern
SUK	Schweizerische Universitätskonferenz
SVP	Schweizerische Volkspartei (Kanton Bern)
VBG	Verband Bernischer Gemeinden
VBN	Verband Bernischer Notare
Vpod	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
Welti-Fonds	Kommission für den Friedrich-Welti-Fonds an der Universität Bern

III. Liste der Vernehmlassungspartner

Parteien	Eingegangene Antworten
Schweizerische Volkspartei SVP	x
Bürgerlich-Demokratische Partei Kanton Bern BDP	x
Sozialdemokratische Partei SP	x
Freisinnig-demokratische Partei FDP	x
Grüne	x
Grünes Bündnis	
Grünliberale	x
Evangelische Volkspartei EVP	x
Eidgenössisch-Demokratische Union EDU	
Christliche Volkspartei CVP	
Partie socialiste autonome du sud du Jura PSA	
Schweizer Demokraten SD	
PDC/PLJ (Partie démocrate-chrétien – Partie libéral jurassien)	
FPS (Freiheitspartei der Schweiz)	
JA (Junge Alternative)	
Jungfreisinnige	
JUSO, Jungsozialisten	

Gemeinden/Region	Eingegangene Antworten
Verband Bernischer Gemeinden (VBG)	x
Bernische Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber (BEGG)	
Conférence des maires du Jura bernois et du district de Bienne	x
Secrétaires communales et communaux du Jura bernois	x
Konferenz der Gymnasiumsgemeinden	x
Verband bernischer Bürgergemeinden und bürgerlicher Korporationen	x
Secrétariat du Conseil du Jura bernois	
Secrétariat du Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne	
Verein Region Bern	
Regionalkonferenz Oberland-Ost	
Bern	x
Biel	
Burgdorf	
Ittigen	
Köniz	x
Langenthal	
Lyss	x
Münsingen	x
Muri	
Ostermundigen	
Spiez	x
Steffisburg	x
Thun	
Worb	x
Berner Konferenz für Sozialhilfe und Vormundschaft BKSIV	
Verband Bernischer Finanzverwalter	
Verband bernischer Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter	
transfair, Christliche Gewerkschaftsvereinigung d. Kt. Bern (CGB)	

Verbände / Vereine	Eingegangene Antworten
LEBE	
VPOD	x
Syndicat des enseignants et enseignants du Jura bernois	
VSL BE Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter	
CODEO (Vereinigung SL)	
COBES	
Verband der kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Bern KMU	x
Verband bernischer Burgergemeinden	
Verband Bernischer Notare	x
Vereinigung Förderung allgemeine Ökologie und Nachhaltige Entwicklung	x
Frauzentrale	
Kantonal-Bernischer Gewerbeverband	
Handels- und Industrieverein des Kantons Bern	x
Kantonalverband Bernischer Arbeitgeber-Organisationen	
Kantonalbernischer Detaillistenverband	
Kantonalbernischer Baumeisterverband	
Travail Suisse	
Kantonalbernischer Kaufmännischer Verband	
Bernischer Staatspersonalverband (BSPV)	x
FRAPEB	x
Association des administrateurs des finances des collectivités publiques du Jura bernois	
Angestellte Bern	x
Gewerkschaftsbund des Kantons Bern	x
Mittelbauvereinigung der Universität Bern MVUB	x
StudentInnenenschaft der Universität Bern SUB	x
Verband der Studierendenschaft der Berner Fachhochschule	
Vereinigung Mittelbau der Berner Fachhochschule	
Dozierende Berner Fachhochschule	
Vereinigung der Studierenden der PHBern	
Vereinigung der Dozierenden der PHBern	
Vereinigung der Assistierenden der PH Bern (VAPH)	
Bernische Schülerinnen- und Schülerorganisation	x
Direktionen	Eingegangene Antworten
STA	x
Kant. Fachkommission für Gleichstellungsfragen	x
VOL	x
GEF	x
JGK	x
JGK, Koordinationsstelle für Gesetzgebung	x
JGK Obergericht des Kantons Bern	x
JGK Verwaltungsgericht des Kantons Bern	x
POM	x
FIN	x
Finanzkontrolle des Kantons Bern	x
BVE	x
Projektgruppe UPD	x
Weitere	Eingegangene Antworten
Synodalrat der evang.-ref. Landeskirche	
Synodalrat der röm.-kath. Landeskirche	x

Christkatholische Kommission des Kt. BE	
Interessenverband Jüdischer Gemeinden	
Reformierte Kirchen Bern – Jura – Solothurn	x
Kirchgemeindeverband des Kt. BE	x
LOBAG, Landwirtschaftliche Organisation Bern und angrenzende Gebiete	
Schweizerische Bundeskanzlei	
NMS Pädagogisches Ausbildungszentrum	x
Conseil du Jura bernois	x
Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne	x
Chambre d'agriculture du Jura bernois	
Union Syndicale du Jura bernois	
Chambre d'économie publique du Jura bernois	
ERZ, Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung	
ERZ, Mittelschul- und Berufsbildungsamt	
Berufsbildungsrat ERZ/MBA	
Universität Bern	x
Berner Fachhochschule	x
Pädagogische Hochschule	x
Haute école pédagogique Berne-Jura-Neuchâtel – HEP-BEJUNE	
Leiterinnen und Leiter der Erziehungsberatungs-Stellen LKEB	
Haute Ecole Arc	
Conférence des directeurs des écoles professionnelles	
Ecole de matura spécialisée	
Julien Clémin, HEP/SBI	
Conférence des Maires du Jura bernois et de Bienne	x
Schweiz. Universitätskonferenz SUK	x
Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten CRUS	
Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT	
Erziehungsdirektorenkonferenz EDK	x
Kantonale Berufsmaturitätskommission KBMK	
Oberaufsichtskommission des Grossen Rates	
Rektorenkonferenz der Fachhochschulen	
Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen COHEP	x
Kantonale Gymnasialrektorinnen- und Gymnasialrektorenkonferenz	x
Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung BIZ Bern-Mittelland	
Konferenz der Berufsfachschulen des Kantons Bern KBB	x
Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren	
Kantonale Maturitätskommission	
Konferenz der Schulleitungen der Gymnasien	x
Historisches Institut Uni Bern	x
Inselspital Bern	x
Universitäre Psychiatrische Dienste UPD	
Spital Netz Bern AG	
WWF	x
Stiftung Umweltbildung Schweiz SUB	x
Hannes Pauli Gesellschaft	x
Kommission für den Friedrich-Welti-Fonds an der Universität Bern	x
Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins	x